

## **15. Bericht der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung**

Das bereits früher entwickelte "Benachteiligtenprogramm" ist vom BMA und der Bundesanstalt für Arbeit zu einem umfassenden Programm für benachteiligte Jugendliche ausgebaut und weiterentwickelt worden. Dieses Programm ist nach wie vor für zahllose ausländische junge Menschen von Bedeutung.

In Modellvorhaben des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) wurde die "Beratungsstelle zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte (BQN) in Köln gefördert, die die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und der jungen Ausländer wesentlich verbessert hat. Die Erfahrungen gilt es jetzt in anderen Städten umzusetzen.

Das BMBF hat 1998 die Aktion "Mobilisierung von Lehrstellen bei ausländischen Unternehmen" initiiert, die gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit und zahlreichen Wirtschaftsverbänden durchgeführt wird. Zielsetzung ist es, mehr ausländische Unternehmer dafür zu gewinnen, Ausbildungsplätze bereitzustellen.

Im Hochschulbereich fördert das BMBF weiterhin eine Vielzahl von Veranstaltungen und Publikationen, die sich mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit an den Hochschulen beschäftigen.

Mit regelmäßigen Treffen hat der Arbeitskreis "Gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit", an dem sich 30 bundesweit tätige studentische Verbände und andere Organisationen beteiligen, seine Tätigkeit fortgesetzt. Der Arbeitskreis hat eine Reihe von Seminaren und Tagungen zu den Themen "Minderheiten in Deutschland", Rassismus und Jugendkultur, Rassismus und Eliten und "Internationalisierung statt Ausgrenzung" durchgeführt.

Bei allen Maßnahmen und Initiativen kam und kommt es entscheidend darauf an, die Offenheit, Toleranz und Liberalität in der Gesellschaft zu stärken und eine offene oder verdeckte Diskriminierung zu verhindern. Dazu trugen auch zahlreiche Initiativen von engagierten Bürgern und Verbänden im "Europäischen Jahr gegen Rassismus" bei. Die Bundesregierung beabsichtigt, gemäß der Aufforderung des Ausschusses in seiner abschließenden Stellungnahme vom 20. März 1997 (Ziff. 24) ihren Bericht und die abschließende Stellungnahme des Ausschusses in Deutschland auf breiter Ebene bekanntzumachen, um damit eine Diskussion über die noch bestehenden Probleme zu fördern. Der 13./14. Bericht wurde zwischenzeitlich in das Internet eingestellt (<http://www.bmj.bund.de>).